

Beschluss (gegen die Stimme der BIA)

1. Der Abschlussbericht zum Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Referate werden beauftragt, zu einem späteren Planungszeitpunkt die im Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen genannten und noch nicht umgesetzten Handlungsbedarfe (s. Anlage „Übersicht Umsetzungsstand Handlungsbedarfe“ zum Abschlussbericht) weiterhin in ihre Planungen einzubeziehen, bzw. deren Umsetzung zu prüfen. Auch die im Abschlussbericht genannten weiteren Handlungsbedarfe (s. Anlage 1) sollen umgesetzt bzw. geprüft werden. Dazu sollen jeweils entsprechende Maßnahmen eingeleitet und ggf. Finanzmittel im Rahmen des stadtweit gültigen Haushaltsplanaufstellungsverfahrens beantragt werden.
3. Der Stadtrat ruft München als Solidarity City aus.
4. Das Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit wird beauftragt, im Zusammenhang mit dem Beitritt zum Solidarity Cities-Netzwerk mit der Zivilgesellschaft in München sowie mit anderen Solidarity Cities zusammen zu arbeiten, um an der inhaltlichen Ausgestaltung des Netzwerks ressourcenneutral zu arbeiten.
5. Die Stelle für interkulturelle Arbeit im Sozialreferat wird beauftragt, das städtische Konzept zur Unterstützung von Menschen in der Illegalität bis Ende 2022 ressourcenneutral zu überprüfen. Die Ergebnisse werden zu einem späteren Planungszeitpunkt dem Stadtrat vorgelegt werden. Über ggf. benötigte Finanzmittel entscheidet der Stadtrat im Rahmen des stadtweit gültigen Haushaltsplanaufstellungsverfahrens.

6. Der Auftrag aus dem Beschluss „Schutz und Unterstützung in München für geflohene Mädchen und junge Frauen und andere vulnerable Gruppen“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07015 vom 22.11.2016) bleibt bestehen. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt wird dem Stadtrat in Kooperation mit dem Sozialreferat/Amt für Wohnen und Migration und dem Referat für Bildung und Sport im Drei-Jahres-Turnus über die Umsetzung geschlechtsspezifischer und gleichstellungsorientierter Angebote und Maßnahmen berichten.
7. Das Sozialreferat wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2020 über die ersten Erfahrungen mit der App Integreat zu berichten und das weitere Vorgehen darzustellen.
8. Der Antrag Nr. 14-20 / A 01750 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Rosa Liste vom 29.01.2016 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
9. Der Antrag Nr. 14-20 / A 00735 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/Rosa Liste vom 05.03.2015 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
10. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02473 der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 16.09.2016 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
11. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.